



Foto: ORF Vorarlberg

Foto: ORF Vorarlberg

Naturschutznovelle

Naturschützer fordern Mitsprache bei Gesetz

Die geplante Novelle des Vorarlberger Naturschutzgesetzes sorgt weiter für Kritik. Mehrere Naturschutzorganisationen fordern in einem offenen Brief an die Landesregierung, noch vor der Begutachtung stärker eingebunden zu werden. Das Land weist den Vorwurf mangelnder Einbindung zurück und kündigt weitere Gespräche an.

07.07.2026 08.29

Unterzeichnet wurde der offene Brief unter anderem von Naturschutzbund, BirdLife, Naturwacht, Alpenverein, Naturfreunden, Imkereiverband, Fischereiverband und dem Verein Bodenfreiheit. Die Organisationen stellen die Überarbeitung des rund 30 Jahre alten Gesetzes nicht grundsätzlich infrage. Sie kritisieren aber, dass bisher vor allem Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Wirtschaftslandesrat in den Prozess eingebunden worden seien.

Das Land plant mit der Gesetzesänderung, dass größere Bauvorhaben künftig erst ab 2.000 statt bisher 800 Quadratmetern überbauter Fläche naturschutzrechtlich bewilligt werden müssen. Bestimmte Schutzbauten, etwa gegen Lawinen oder Hochwasser, sollen überhaupt von dieser Bewilligungspflicht ausgenommen werden – mehr dazu in Neues Naturschutzgesetz sorgt für Kritik.



Foto: ORF Vorarlberg

Naturschutzanwaltschaft soll an den Tisch

Die Allianz fordert, dass auch die Naturschutzanwaltschaft vor der offiziellen Begutachtung in die Gespräche einbezogen werden soll. Es brauche einen ausgewogenen Prozess, bei dem wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Interessen berücksichtigt würden.

Naturschutzbund-Obmann Rainer Siegele warnt im Brief davor, bei der Novelle nur „den Wunschzettel der Wirtschaft“ abzuarbeiten. Klima und Biodiversität hätten sich in den vergangenen 30 Jahren stark verändert. Das neue Gesetz müsse deshalb auch Ökosystemleistungen wie sauberes Wasser, Hitzeschutz, Hochwasserschutz und gesunde Böden stärker berücksichtigen.



Foto: ORF Vorarlberg

Rainer Siegele (Naturschutzbund) fordert eine stärkere Einbindung

Land kündigt weitere Runde an

Naturschutzlandesrat Christian Gantner (ÖVP) weist die Kritik zurück. Die Naturschutzanwältin sei bereits im vergangenen Jahr eingeladen worden, Vorschläge einzubringen. Auch weitere Organisationen seien eingebunden worden. Zudem habe es zuletzt eine Runde mit den Umwelt- und Naturschutzsprechern der Landtagsfraktionen gegeben, berichtete Gantner auf Nachfrage des ORF Vorarlberg.

Der Landesrat sprach von einer breiten Einbindung, „wie wir sie bei kaum einem anderen Gesetzgebungsprozess bis jetzt hatten“. Gleichzeitig kündigte er an, noch einmal eine Gesprächsrunde mit den Naturschutzorganisationen abzuhalten. Die Einladung an den Naturschutzbund habe er schon vor dem Erhalt des offenen Briefes ausgesprochen. Der Entwurf soll im August in Begutachtung gehen.



Foto: ORF Vorarlberg

LR Christian Gantner (ÖVP) kündigt weitere Gespräche an

Grüne unterstützen offenen Brief

Unterstützung erhalten die Naturschutzorganisationen von den Grünen. Klubobmann Daniel Zadra fordert, die Novelle „zurück an den Start“ zu schicken. Wer das Naturschutzgesetz neu schreibe, dürfe den Naturschutz nicht aussperren, so Zadra.

Die Grünen kritisieren, dass Naturschutzorganisationen und Naturschutzanwaltschaft nicht ausreichend eingebunden seien. Die Landesregierung müsse alle relevanten Interessen gleichermaßen an den Verhandlungstisch holen.

red, vorarlberg.ORF.at